

Tagesordnung 1 Punkt 1 der öffentlichen Sitzung am 21.04.2005

Fragen an den Ausschuss

Protokollnotiz Nr. 0020

1. Comeniusschule

Auf Fragen des Schulleiters teilt Stadträtin Thies mit, dass durch zusätzliche Mittel für Ganztagsangebote Gelder an anderer Stelle frei würden. Diese Mittel könnten u. a. für die PCB-Sanierung der Turnhalle eingesetzt werden. Eine gemeinsame Vorlage mit Stadtrat Prof. Dr. Pös für ein Sonderprogramm zur PCB-Sanierung sei in Vorbereitung.

Dass die Comeniusschule an ihre Kapazitätsgrenzen angelangt sei, sei bekannt. Es gebe verschiedene Denkmodelle, die aber alle keine Dauerlösung darstellen (Schultausch, zusätzliche Plätze in AKK). Es müsse etwas geschehen, aktuell sei aber kein Geld da.

2. IGS-Bedarf

Eine Frage aufgreifend diskutiert der Ausschuss bereits unter diesem Punkt das für Punkt 11 vorgesehene Thema.

Stadträtin Thies teilt mit, dass 140 Kinder, die für eine IGS angemeldet waren, hätten abgewiesen werden müssen. Da in Hochheim noch 22 Plätze für Wiesbadener Schüler bereitstünden, seien die Eltern aufgefordert worden, ihre Kinder an der Brentano-Schule anzumelden. Dies sei natürlich ein weiterer Schulweg.

Stadtv. Scholz verweist auf die von der CDU favorisierte Option, die bestehenden IGS um 1 Klasse zu erweitern.

Im Ausschuss besteht keine Einigkeit darüber, ob entsprechende Kapazitäten zur Verfügung stünden.

Stadträtin Thies: Unabhängig von der Frage, ob eine Erweiterung in der Substanz oder durch Anbau möglich sei, müssten Investitionen von 8 bis 10 Mio. € getätigt werden. Die Haushaltsmittel seien nicht da; außerdem würden diese Maßnahmen aktuell nicht helfen.

Stadtv. Scholz: Dies gelte dann auch für einen Neubau.

Stadtv. Nehrbaß Deshalb habe die SPD auch die Umwandlung einer vorhandenen Schule in eine IGS gefordert.

Stadtv. Scholz: Es habe sich aber keine Schule zu einer solchen Handlung bereit erklärt.

Stadtv. Nehrbaß hält diese Aussage für falsch.

Stadtv. Queck sieht eine Entlastung in der geplanten privaten IGS.

Seitens der SPD wird dies angezweifelt, da eine Privatschule Schulgeld erheben werde.

Die jetzt abgewiesenen Kinder kämen ihres Erachtens aus Familien, die diese Mittel nicht aufbringen könnten.

In diesem Zusammenhang regt Stadtv. Nehrbaß an, dass sich der Ausschuss zu gegebener Zeit mit dem „Sozialbericht zur Bildungsbeteiligung“ beschäftigen sollte.

Im Ausschuss besteht Einvernehmen, dass durch diese Diskussion der Punkt 11 der Tagesordnung 1 erledigt ist.

Wiesbaden, .04.2005

Scholz
Vorsitzende